

Thema des Tages Bildungspolitik

Studenten und Schüler sollen mehr Ausbildungsförderung bekommen, die leistungsstärksten Studenten können unabhängig vom Einkommen der Eltern auf ein monatliches Stipendium von 300 Euro hoffen.

Mehr Bafög, mehr Stipendien

Bundestag beschließt Änderungen – Länder haben Bedenken bei der Finanzierung

BERLIN. Der Bundestag beschloss gestern entsprechende Änderungen der schwarz-gelben Koalition beim Bafög sowie ein neues Stipendienmodell.

Allerdings hat der Bundesrat, der die Neuerungen mitfinanzieren und daher zustimmen muss, sowohl gegen die Bafög-Erhöhung wie auch gegen das Stipendiengesetz Finanzvorbehalte vorgebracht. Damit besteht hohe Wahrscheinlichkeit, dass die Koalitionsverhandlungen in den Vermittlungsausschuss gehen.

► Beim Bafög sollen ab 1. Oktober die Fördersätze um zwei Prozent steigen, die Elternfreibeträge um drei Prozent. Im Schnitt wird dadurch ein Bafög-Empfänger 13 Euro mehr im Monat erhalten. Der Bafög-Höchstsatz einschließlich Krankenversicherungszuschuss steigt von 648 auf 670 Euro.

► Auch wird die Altersgrenze bei der Förderung von bisher 30 auf 35 Jahre angehoben. Damit soll Bachelor-Studenten nach einer ersten Berufsphase auch später noch der Einstieg in ein Masterstudium ermöglicht werden.

► Bundesbildungsministerin Annette Schavan (CDU) unterstrich, dass künftig 50 000 bis 60 000 Studenten mehr über das Bafög gefördert werden sollen.

► Nach dem neuen Stipendienmodell der schwarz-gelben Koalition sollen künftig bis zu 160 000 der leistungsstärksten Studenten ein monatliches Stipendium von 300 Euro erhalten.

Die Opposition im Bundestag kritisierte beide Projekte erneut. Dennoch stimmte die Fraktion Die Linke der schwarz-gelben Bafög-Novelle zu, SPD und Grünen ent-



Bundesbildungsministerin Annette Schavan: Bis zu 60 000 Studenten mehr sollen über das Bafög gefördert werden. Foto: Tim Brakemeier/dpa

hielten sich. Vor dem Bundestag demonstrierten Studenten gegen die Neuerungen.

Die Länder, die beide Neuerungen mitfinanzieren müssen, bringen erhebliche Bedenken vor. Nach den Worten der SPD-Abgeordneten Marianne Schieder ist es kein Wunder, dass sich die Länder auf die „Milchmädchenrechnung“ der Koalition nicht einlassen wollten.

Beim Stipendienmodell besteht laut Schieder die Gefahr der Wettbewerbsverzerrung, da absehbar vor allem Universitäten in Ballungszentren in den Genuss kommen. Die Regelung sei für Ham-

burg, Stuttgart und München gut, aber nicht für Hochschulen in ländlichen Gebieten. Das Modell sei sozial unausgewogen.

Der CDU-Abgeordnete Stefan Kaufmann räumte ein soziales Ungleichgewicht ein. Allerdings liege die Wurzel des Problems schon beim Hochschulzugang. Im Verhältnis machten wesentlich mehr Akademiker-Kinder Abitur als Arbeiter-Kinder.

Der bildungspolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Patrick Meinhardt, wies darauf hin, dass Deutschland „in Sachen Stipendienkultur vollkommen unterentwickelt“ sei. Der Grünen-Abgeordnete Kai Gehring forderte ein grundsätzlich verbessertes Bafög. Dieses müsse der Auftakt sein für eine mutige Reform der Studienfinanzierung hin zum grünen Zwei-

Mehr Bafög

laut Bundestagsbeschluss

Beitragsätze + 2%

z.B. Höchstsatz inklusive Versicherungszulage

bisher	648 €	+22 €
künftig	670 €	

im Schnitt +13 € monatlich je Empfänger

Freibeträge + 3%

z.B. Eltern-Grundfreibetrag

bisher	1555 €	+50 €
künftig	1605 €	

Grafik: J. Runo

Quelle: BMBF, Deutsches Studentenwerk

Beim Bafög sollen die Fördersätze um zwei Prozent steigen.

Säulen-Modell. Gehring zufolge besteht die erste Säule aus einem einheitlichen Sockelbetrag, der allen Studierenden elternunabhängig zugute kommt. Mit der zweiten Säule werde die starke soziale Komponente für Studierende aus einkommensarmen Elternhäusern garantiert. Das Zwei-Säulen-Modell erreiche zielgenau alle Studierenden mit Finanzierungsproblemen.

Gehring: „Die eigenen Ministerpräsidenten lassen Schavan und Merkel im Bundesrat im Regen stehen. Daher kann ich Sie nur aufordern, Frau Schavan: Motten Sie ihren Stipendienmucks ein, um wenigstens eine echte Bafög-Erhöhung auf den Weg und durch den Bundesrat zu bringen!“ Die Linke sieht das Geld für das Stipendienprogramm in einer umfassenden Bafög-Reform besser genutzt. dpa

DEUTSCHLAND

Unterschriften gegen Waffen und Killerspiele

BERLIN. Mehr als 185 000 Unterschriften gegen tödliche Sportwaffen und Killerspiele hat das Aktionsbündnis Amoklauf Winnenden an Bundestagsvizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt übergeben. Am Jahrestag der Verabschiedung des verschärften Waffenrechts plädierte das Bündnis für weitere Änderungen. Es fordert unter anderem das Verbot großkalibriger Sportwaffen.

Von Armut bedroht

BERLIN. Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) sieht 11,5 Millionen Deutsche von Armut bedroht und will daher darüber beraten, was gegen die Ausgrenzung sozial Schwächerer zu tun ist. Unter dem Motto „Einladen statt abhängen“ werden Verbände, Netzwerke und Gemeinden am 25. Juni in Berlin Erfahrungen austauschen. dpa

EUROPA

Sarkozy würdigt Charles de Gaulle

LONDON. Nicolas Sarkozy ist als erster französischer Präsident nach London gereist, um an den Widerstandsaufbruch von General Charles de Gaulle gegen die deutsche Besatzung vor 70 Jahren zu erinnern. Bei einer Militärparade beschworen der britische Premier Cameron und Sarkozy die Einheit der Länder.

12 000 Asylgewährungen

BRÜSSEL. Deutschland hat im vergangenen Jahr gut 12 000 Menschen Asyl gewährt und steht damit auf Platz zwei in Europa. Nur Großbritannien hat etwas mehr Asylanträge positiv entschieden. Diese Zahlen legte die EU-Statistikbehörde Eurostat mit Blick auf den gestrigen Weltflüchtlingstag in Brüssel vor. An dritter Stelle steht Frankreich. dpa

WELT

Irakische Terroristen töteten Kinder

BAGDAD. Im Westen des Iraks fassen zunehmend wieder Terroristen Fuß. Gestern drangen in Bagdads Vorort Abu Ghoreib bewaffnete Männer in das Haus eines Mannes ein, der für das Wasserministerium arbeitete. Sie töteten ihn, seine schwangere Frau und die beiden sieben und neun Jahre alten Söhne.

Blutgeld der Taliban

NEW YORK. Der mutmaßliche Autobomber vom New Yorker Times Square stand laut Staatsanwaltschaft im Dienst der pakistanischen Taliban. In der Anklage wird dem 30-jährigen Faisal Shahzad angelastet, 12 000 Dollar (9700 Euro) für den geplanten Anschlag von den militanten Extremisten in seiner Heimat angenommen zu haben. dpa

MENSCHEN

Sascha Vogt (29)

ist gestern auf dem Essener Bundeskongress der Jungsozialisten in der SPD zum neuen Vorsitzenden gewählt worden.



Die bisherige Jusso-Chefin Franziska Drohsel hatte völlig überraschend ihren Rückzug erklärt; sie will sich mehr um ihr Studium kümmern. Der Sauerländer war seit dem vergangenen Jahr Vizevorsitzender der Jusos. Der Politikwissenschaftler lehnt Kanzlerin Merkels Sparpaket strikt ab und fordert von der Bundes-SPD einen schärferen Oppositionskurs gegen Schwarz-Gelb.

Rita Süsmuth (73)

ist gestern in Bielefeld mit dem Regine-Hildebrandt-Preis ausgezeichnet worden. Die CDU-Politikerin und frühere Bundestagspräsidentin wurde damit für ihren „herausragenden sozialen Einsatz“ geehrt.



Der nach der verstorbenen brandenburgischen SPD-Sozialministerin benannte Preis ist insgesamt mit 30 000 Euro dotiert. Auch die Vereine „Tacheles“ und „Gemeinsam gegen Kälte“ sind unter den Preisträgern. Fotos: dpa

Wulffs Mehrheit bei Präsidentenwahl schmilzt

Drei sächsische FDP-Wahlleute für Gauck – Biedenkopf fordert Freigabe der Wahl

Von Christian Kerl

BERLIN. Knapp zwei Wochen vor der Wahl eines neuen Bundespräsidenten schmilzt der Vorsprung des Koalitionskandidaten Christian Wulff (CDU) weiter: Die rechnerische Mehrheit der Koalition liegt aktuell bei nur noch 17 Stimmen – sechs weniger als zunächst erwartet.

Die drei Wahlleute der sächsischen FDP teilten gestern in persönlichen Erklärungen mit, sie wollten statt Wulff den Kandidaten von SPD

und Grünen, Joachim Gauck, wählen. Die sächsischen Liberalen hatten Gauck schon 2004 für das Präsidentenamt vorgeschlagen. FDP-Landeschef Volker Zastrow sagte nach einem Gespräch mit Gauck, dieser verkörpere all die Werte, für die er 1989 auf die Straße gegangen sei: „Freiheit, Verantwortung, Marktwirtschaft und Leistungsgerechtigkeit.“ Ein FDP-Wahlmann aus Bremen will ebenfalls für Gauck stimmen. Auch der Union fehlen bereits zwei Stimmen: Bei der Abstimmung

im sächsischen Landtag hatte die CDU-Fraktion nicht geschlossen für die CDU-Liste votiert, die Christdemokraten entsenden nun zwei Wahlleute weniger.

Gauck selbst kündigte gestern an, er werde kurz vor der Wahl auch offiziell um Stimmen der Linkspartei werben und sich deren Wahlleuten vorstellen. Der ehemalige Ministerpräsident von Sachsen, Kurt Biedenkopf (CDU), forderte von Kanzlerin Angela Merkel erneut die Freigabe der Präsidenten-Wahl.

NRW-Linke gehen auf Kraft zu

SPD und Grüne: Koalitionsvertrag wird rasch ausgehandelt – SPD-Chefin: Es hat keine Alternative gegeben

Von Claus Haffert



Die Fraktionsvorsitzenden der Linkspartei, Bärbel Beuermann und Wolfgang Zimmermann. Foto: dpa

DÜSSELDORF. Gestern hatten Hannelore Kraft und Sylvia Löhrmann schon wieder einen gemeinsamen Auftritt. Einen Tag nach ihrem Überraschungscoup, jetzt ganz schnell eine rot-grüne Minderheitsregierung in Nordrhein-Westfalen zu bilden, stellten sich die Fraktionschefinnen von SPD und Grünen mit dem Präsidentschaftskandidaten Joachim Gauck der Presse. Löhrmann sprach von einer „Sternstunde des politischen Diskurses“.

Seit sich Kraft zum Griff nach der Macht in Düsseldorf entschlossen hat, wirken Rote und Grüne geradezu aufgekratzt. Im Rekordtempo

wollen SPD und Grüne einen Koalitionsvertrag aushandeln. Schon in drei Wochen sollen Parteitage das Papier billigen. Zweifel an der Richtigkeit ihrer Entscheidung hat Kraft nicht. „Es hat keine Alternative gegeben“, sagte die SPD-Landes- und Fraktionschefin.

Der geschäftsführende Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU) ließ offen, ob er gegen Kraft antreten wird. Diese Entscheidung werde in der CDU-Landtagsfraktion getroffen, sagte er.

Die Linke sicherte der SPD-Vorsitzenden zu, ihr auf dem Weg in die Staatskanzlei keine Steine in den Weg zu legen. Offen sei nur noch, ob die Linke für Kraft stimmen wer-

de oder sich enthalte, sagte Fraktionschef Wolfgang Zimmermann.

Und auch bei den Sachthemen geht die Linke auf Kraft zu. Wichtige rot-grüne Vorhaben wie die Abschaffung der Studiengebühren oder die Mitbestimmung im öffentlichen Dienst werde man im Parlament passieren lassen. dpa

FAKTEN

Die Sitzverteilung im Düsseldorfer Landtag ist nach der Wahl am 9. Mai wie folgt: CDU und SPD haben jeweils 67 Mandate, die Grünen 23, die FDP 13 und die Linke 11. Kraft will schon in der nächsten Landtagssitzung am 13. oder 14. Juli kandidieren. dpa